

Der Kongress der Gemeinden und Regionen



23. TAGUNG
CG(23)9
1. Oktober 2012

Jugend und Demokratie: Das veränderte politische Engagement junger Menschen

Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten
Berichtersteller: Els AMPE, Belgien (R, ULDG¹)

Entschließungsentwurf (zur Abstimmung)	2
Empfehlungsentwurf (zur Abstimmung)	4

Zusammenfassung

Studien zeigen ein in den letzten Jahren steigendes Desinteresse von jungen Menschen an der konventionellen politischen Partizipation. Die Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sie seltener wählen gehen, ihre Mitgliedschaft in politischen Parteien sinkt und sie politischen Institutionen misstrauen. Was sind die Gründe für dieses sinkende politische Engagement? Laut verschiedener Studien könnten eine steigende Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen, ein Anstieg prekärer Beschäftigungsverhältnisse und die berufliche Unsicherheit und ein immer schwieriger verlaufender Übergang von der Schule in die Arbeitswelt zur offensichtlichen Desillusionierung junger Menschen beitragen.

Die Forschung zeigt jedoch, dass junge Menschen sich nicht von demokratischem und bürgerlichem Verhalten gelöst haben; ihre demokratischen Werte sind nach wie vor sehr stark. Junge Menschen engagieren sich heute in einer Gesellschaft, in der sie sich vom politischen Prozess ausgegrenzt fühlen, für andere Formen demokratischer Aktivitäten, die ihrem eigenen Verständnis von Demokratie und Bürgerschaft entsprechen. Die jüngsten Demonstrationen, Proteste und Unruhen in vielen europäischen Staaten können als Antwort dieser jungen Menschen auf ein politisches System gesehen werden, das ihnen ihrer Meinung nach keinen Anteil an der Macht und keine vollständige Bürgerschaft einräumt. Junge Menschen haben andere Wege gefunden, sich Gehör zu verschaffen.

Die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften können junge Menschen darin unterstützen, dass ihre Stimme bei Entscheidungsprozessen Gehör findet, indem sie die Ursachen für die Desillusionierung eliminieren und den jungen Menschen Möglichkeiten für eine echte Beteiligung anbieten, wie von der überarbeiteten Europäischen Charta des Kongresses über die Partizipation von Jugendlichen am Leben der Gemeinde und Regionen gefordert.

¹ L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen
ULDG: Unabhängige und liberaldemokratische Gruppe des Kongresses
EVP/CD: Europäische Volkspartei - Christdemokraten des Kongresses
SOZ: Sozialistische Gruppe des Kongresses
ECR: Fraktion Europäische Konservative und Reformisten
NI: Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören
NPA: Keine politische Zugehörigkeit



ENTSCHLIESSUNGSENTWURF²

1. Die soziale und demografische Struktur der europäischen Gesellschaften verändert sich; die Menschen leben länger und die Bevölkerungszahl nimmt aufgrund geringerer Geburtsraten ab. Daher wird die Jugend in der Zukunft eine Minderheit in einer überalterten Gesellschaft sein, ihr Einfluss innerhalb des demokratischen Systems wird abnehmen, Jugendthemen und -bedürfnisse könnten in den politischen Debatten und Entscheidungsprozessen an Gewicht verlieren. Diese wahrgenommene politische Marginalisierung könnte zu politischer Frustration und zu Misstrauen bei jungen Menschen führen.

2. Junge Menschen sehen sich, angesichts eines immer schwierigeren Übergangs in die Berufs- und Erwachsenenwelt, Frustrationen ausgesetzt. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist für Jugendliche eine der wichtigsten Entwicklungsaufgaben auf ihrem Weg zu Selbständigkeit und Unabhängigkeit, allerdings hat sich der Arbeitsmarkt rapide verändert, Flexibilität und Jobs fehlen und es werden höhere Qualifikationen verlangt. Die Eingliederung in den Arbeitsmarkt ist für Jugendliche insbesondere seit 2008 schwieriger geworden, als die Jugendarbeitslosigkeit wegen der aktuellen Wirtschaftskrise erheblich anstieg. Hohe Qualifikationen garantieren keinen Arbeitsplatz mehr. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist nicht nur für junge Menschen schwierig, denen eine allgemeine oder berufliche Ausbildung fehlt, sondern auch für jene, die höhere Abschlüsse vorweisen können.

3. Die Erfahrung der Arbeitslosigkeit, der beruflichen Unsicherheit und der prekären sozialen Integration können zu Demotivierung, einem geringen Selbstbewusstsein, psychologischem Stress, körperlichen Symptomen, einem vermehrten Alkoholkonsum, kriminellen Verhalten, einer Minimierung von Plänen oder zu Resignation führen.

4. Das Interesse junger Menschen an der konventionellen politischen Partizipation, wie z. B. die Teilnahme an Wahlen, hat in den letzten Jahren aufgrund einer steigenden Desillusionierung und eines wachsenden Zynismus abgenommen. Dies bedeutet aber nicht, dass die jungen Menschen gar kein Interesse mehr hätten; sie engagieren sich nach wie vor demokratisch und bürgerschaftlich, und sie glauben immer noch an die demokratischen Werte. Junge Menschen engagieren sich in anderen Formen demokratischen Handelns, die ihrem eigenen Verständnis von Demokratie und Bürgerschaft entsprechen. Junge Menschen identifizieren sich immer noch mit ihrer Gesellschaft und sind immer noch bereit sich zu engagieren; das Wichtigste ist, sich Gehör zu verschaffen.

5. Neueren, informelleren Partizipationsformen wird der Vorzug gegeben, z. B. Internet, themenbezogene Partizipation, wie das Unterzeichnen von Petitionen oder die spontane Teilnahme an Demonstrationen, und Verbraucherverhalten, z. B. das Einkaufen nach politischen Erwägungen. Die neuen Technologien und sozialen Netzwerke im Internet, wie Facebook und Twitter, bieten jungen Menschen umfangreiche Möglichkeiten für eine persönliche Politik und für das Mobilisieren für politische Aktionen über Gemeinschaften und Grenzen hinweg.

² Vorläufiger Entschließungsentwurf und vorläufiger Empfehlungsentwurf, am 20. März 2012 vom Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten angenommen.

Ausschussmitglieder:

E. Yeritsyan (Vorsitz), B. Toce (stellv. Vorsitz), F. Mukhametshin (stellv. Vorsitz), C. Abela Baldacchino (stellv. Vorsitz), S. Aliyeva, A. Ambros, E. Ampe, P.D. Andersen, L. Andrysiak, A. Antosova, G. Arnardottir, S. Barnes, J. Barska, B. Belin, A. Beskow, A. Boff, N. Boltenko, E. Brogi, A. Bryggare, E. Campbell-Clark, M. Catovic, Y. Celik, P. Chesneau, V. Chilikov, E. Chrysanthou, A. Cook, F. Dal, D. Davidovic, I. De La Serna Hernaiz, J. Demeter, N. Dudov, B.M. D'Angelo, M. Fiasella, J. Fischerova, B. Fleck, D. Ghisletta, V. Groysman, G. Grzelak, L. Güven (Stellvert.: G. Doganoglu), H. Himmelsbach, P. Hugon, Y. Karayiannis (Stellvert.: K. Virvidakis), H. Klamm (Stellvert.: G. Krüg), V. Konstantinov, A. Koopmanschap, A. Kordfelder, L. Kovacs (Stellvert.: G. Illes), J. Landberg, I. Linge (Stellvert.: A. Svensson), J. Lobnig, B. Lösch, M.S. Luca, F. Madsen, F. Maitia, P. Matvienko, I. Milatic, Y. Mildon, M. Miro, Y. Mishcheryakov, M. Nagel, C. Naudi Baixench, O. Olavsen, C. Oppitz-Plörer, S. Orlova, A. Pellizzari (Stellvert.: A. Muzio), N. Pilyus, A. Pivkova, C. Raimbert, F. Ramos, A. Ravins, P. Receveur, V. Rossi, Y. Rzayeva, O. Sainsus, I. Schrick, H. Skard, A. Taner, J.-L. Testud, G. Tkemaladze, A. Toader, N. Toncev, S. Toscani (Stellvert.: U. Hiller), I. Tzaki, J. Van Den Hout, E. Van Vaerenbergh, L. Vecchi, J. Warmisham, J. Watson (Stellvert.: L. Hack), L. Zukauskas.

NB: Die Namen der Mitglieder, die an der Abstimmung teilnahmen, sind kursiv gedruckt.

Sekretariat des Ausschusses: D. Marchenkov, J. Hunting und M. Grimmeissen.

6. Kinder und Jugendliche unter 18 haben keine volle politische Bürgerschaft, so haben sie z. B. in den meisten Mitgliedstaaten kein Wahlrecht, was zu einer Unterrepräsentierung dieser Gruppe in den Parlamenten, sowohl national als auch regional, und Stadträten führt. Junge Menschen werden dadurch vom politischen Prozess marginalisiert und eher als „politische Lehrlinge“, denn als „politische Akteure“ behandelt. Wenn junge Menschen nicht das Gefühl haben, aktiv am politischen Prozess teilzunehmen, werden sie andere Wege finden, um sich Gehör zu verschaffen. Die zuletzt stattgefundenen Demonstrationen, Proteste und Unruhen in vielen europäischen Staaten können als Antwort dieser jungen Menschen auf ein politisches System gesehen werden, das ihnen ihrer Meinung nach keinen echten Anteil an der Macht und keine volle Bürgerschaft einräumt.

7. Junge Menschen sollten in den Bildungseinrichtungen, wie z. B. Schulen, über Demokratie und Partizipation lernen. Aus diesem Grund wurde die politische Bildung zu einem zentralen Aspekt der Bildung. Sie lernen auch durch informelle Bildung, die sie anderweitig beziehen, über Bürgerschaft, so z. B. örtliche Jugendclubs und zivile Organisationen, und durch die Partizipation an kommunalen und regionalen Jugendbeiräten und Jugendparlamenten. Hier lernen junge Menschen, was demokratische Partizipation bedeutet: Durch das Wählen von Klassenvertretern, Treffen mit kommunalen Politikern und engagierten Bürgern vor Ort, das Arbeiten an kommunal orientierten Dienstleistungsprojekten oder die Teilnahme an Jugendparlamenten in der Gemeinde.

8. Junge Menschen wollen gehört werden und eine echte Rolle bei der Entscheidungsfindung in ihren Gesellschaften spielen. Der beste Weg hierfür ist eine Stärkung ihrer sozialen Integration durch das Teilen wirtschaftlicher, sozialer und politischer Macht mit ihnen und die Gewährung voller Bürgerschaft und eines vollständigen Zugangs zu Arbeitsplätzen. Aufgrund der Nähe zu den Bürgern sind die kommunalen und regionalen Ebenen am besten geeignet, dies zu erreichen.

9. Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas fordert daher die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften auf:

a. sicherzustellen, dass junge Menschen, die die Schulpflicht abgeschlossen haben, ein geeignetes Angebot für eine Weiterbildung oder Ausbildung an einer Schule, einer Universität oder Berufsschule erhalten, gemäß des britischen „September-Garantie“-Verfahrens, damit sie an den Arbeitsmarkt angepasste Kompetenzen entwickeln können, um so ihren Zugang zu diesem Arbeitsmarkt zu erleichtern;

b. mit der örtlichen Geschäftswelt zu kooperieren und diese zu unterstützen, wenn diese Arbeitsstellen, Ausbildungsplätze oder Praktika anbieten, um berufliche Fähigkeiten zu entwickeln und die Vermittelbarkeit von jungen Menschen zu erhöhen, insbesondere von benachteiligten Jugendlichen;

c. Unternehmertum durch entsprechende Finanzierungsbedingungen und den Zugang zu Gründerzentren zu unterstützen, indem man Unternehmertum in den schulischen Lehrplan und die berufliche Bildung aufnimmt, und indem man mit den Geschäftspartnern vor Ort kooperiert;

d. den jungen Menschen Möglichkeiten für einen strukturierten Dialog mit den kommunalen und regionalen Stellen und die Beteiligung an der Politik und an der Entscheidungsfindung anzubieten, indem man repräsentative und legitime kommunale und regionale Jugendbeiräte und -parlamente einrichtet und Instrumente wie z. B. die Europäische Woche der Demokratie einsetzt;

e. eine Kommunalpolitik für Freiwilligenarbeit zu verabschieden, jedoch mit der Absicherung, dass diese keine regulär bezahlte Beschäftigung ersetzt, um junge Menschen in die Lage zu versetzen, persönliche und berufliche Kompetenzen zu erwerben;

f. den Bekanntheitsgrad der überarbeiteten Europäischen Charta über die Partizipation junger Menschen am Leben der Gemeinde und Regionen zu erhöhen und deren Umsetzung zu gewährleisten.

10. Der Kongress erinnert an seine Vorschläge an die Gemeinden und Regionen bezüglich verbesserter Beschäftigungsaussichten für junge Menschen aus benachteiligten Stadtteilen, die in Absatz 9 seiner Entschließung 319 (2010) enthalten sind.

11. Der Kongress ruft die Mitgliedstaaten des Europarats auf, junge Menschen in ihre nationalen Delegationen beim Kongress aufzunehmen, als volle oder stellvertretende Mitglieder.

12. Der Kongress begrüßt das gestiegene Engagement der Europäischen Union, die Arbeitslosenrate bei Jugendlichen zu senken, wie in der Erklärung der Mitglieder des Europäischen Rates vom 30. Januar 2012 zu sehen, insbesondere die „Youth Opportunities Initiative“ der Kommission.

EMPFEHLUNGSENTWURF³

1. Die Jugendarbeitslosigkeitsrate ist seit Beginn der Wirtschaftskrise 2008 erheblich gestiegen und hat in einigen Staaten des Europarats gegenwärtig über 50% erreicht. Dies zeigt jedoch nicht das komplette Bild, denn einige junge Menschen, welche ihre Ausbildung abgebrochen haben, die so genannten NEETs (neither in education nor in employment or training = weder in Schule, Beschäftigung oder Ausbildung), erscheinen in keiner Arbeitsmarktstatistik.

2. Je länger junge Menschen arbeitslos sind, desto schwieriger wird es für sie, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Junge Menschen sind erheblich von sozialer Ausgrenzung und Armut bedroht.

3. In wirtschaftlichen Krisenzeiten, wenn die Stellenangebote sinken und die Qualifikationsansprüche gleich hoch bleiben, wird der Zugang zum Arbeitsmarkt immer schwieriger, besonders für junge Menschen, die keine abgeschlossene allgemeine Schulbildung oder berufliche Ausbildung vorzuweisen haben. Lernen und Wissen werden aber nach wie vor nur mit den entsprechenden formalen Zeugnissen anerkannt; dies gilt auch für Kompetenzen, die im Bereich der informellen Bildung erlernt werden. Das Wissen und die Kompetenzen, die durch informelles Lernen erworben werden, sind offensichtlich wichtig für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und müssen daher als solche anerkannt werden.

4. Die sich verändernde demografische Struktur der europäischen Gesellschaften führt dazu, dass die Jugend in der Zukunft eine Minderheit in einer überalterten Gesellschaft sein wird, ihr Einfluss wird innerhalb des demokratischen Systems abnehmen, Jugendthemen und -bedürfnisse werden in den politischen Debatten und Entscheidungsprozessen an Gewicht verlieren. Diese wahrgenommene politische Marginalisierung könnte zu politischer Frustration und zu Misstrauen bei jungen Menschen führen.

5. Das politische Engagement junger Menschen nimmt neue Formen der Bürgerschaft an; ihre Partizipation erfolgt über das Internet, durch das Unterzeichnen von Petitionen oder die spontane Teilnahme an Demonstrationen. Dies sind Formen der Partizipation, die allen jungen Menschen offen stehen und für diese zugänglich sind, einschließlich jener ohne Wahlberechtigung, die in den meisten europäischen Staaten erst mit 18 Jahren verliehen wird.

6. Angesichts des Vorstehenden empfiehlt der Kongress dem Ministerkomitee, die Mitgliedstaaten aufzufordern:

a. den politischen Einfluss junger Menschen durch das Angebot weiterer Bürgerrechte zu stärken, z. B. durch Prüfen der Möglichkeit, das Wahlberechtigungsalter auf 16 Jahre zu senken, wie in der Entschließung 1826 (2011) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vorgeschlagen;

b. die Entschließung 1828 (2011) der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Umkehr der drastischen Abnahme der Jugendbeschäftigung umzusetzen;

c. dazu beizutragen, Armut bei arbeitslosen Jugendlichen durch Prüfen der Möglichkeit zu verhindern, die Berechtigung auf Arbeitslosenhilfe zu verlängern;

d. die Anerkennung von Kompetenzen zu fördern, die über informelle Bildungseinrichtungen und Bildungsprogramme erworben werden, wie in der Empfehlung Rec(2003)8 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über die Förderung und Anerkennung von informeller Bildung/informellem Lernen von jungen Menschen befürwortet.

³Siehe Fußnote 2.